

**Offener Brief: Rechtswissenschaftler:innen fordern verfassungsgemäße
Ausgestaltung des Sondervermögens**

Klimaschutz ist keine Option, sondern Pflicht

Berlin, 23. Juni 2025 –

Mehr als 25 renommierte Professor*innen und Wissenschaftler*innen des öffentlichen Rechts fordern in einem offenen Brief die Bundesregierung dazu auf, dass sie beim geplanten Sondervermögen nach Artikel 143h GG die verfassungsrechtlichen Maßgaben einhält. Sie betonen: Das Sondervermögen muss Deutschland auf einen rechtskonformen, planungssicheren und generationengerechten Pfad zur Klimaneutralität verhelfen.

Der Brief stützt sich auf zentrale Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Diese verpflichten den Staat, Klimaschutz effektiv, rechtzeitig und generationengerecht sicherzustellen – auch finanziell. Investitionen in neue fossile Infrastrukturen könnten demnach gegen das Grundgesetz verstoßen.

„Der Klimaschutz ist im Grundgesetz verankert. Wer jetzt Milliarden für fossile Projekte ausgibt, verletzt die Verfassung – und nimmt künftigen Generationen ihre Freiheitsrechte,“ sagt Michael Schäfer, Geschäftsführer von GermanZero.

Auch Henrike Lindemann, Geschäftsführerin von Green Legal Impact, mahnt:
„Das Sondervermögen ist eine einmalige Chance. Aber es braucht klare Leitplanken. Klimaschutz ist keine politische Geschmackssache – er ist Pflicht und Maßstab staatlichen Handelns.“

Pressekontakte:

Emmanuel Schlichter, Referent für Klimafinanzierung:

emmanuel.schlichter@germanzero.de

Tel.: 017647613860

Valentine Zheng, Referentin für Klimaschutzgovernance:

zheng@greenlegal.eu

Tel.: 0176 3294 5504